

FDP Kreisverband Gießen · Dieulefiter Straße 10 · 35423 Lich

An die Vertreter der örtlichen
Presse im Kreis Gießen

PRESSEMITTEILUNG: „Jagdverordnung – Landesregierung umgeht Parlament“

Landtagsvizepräsident Greilich im Dialog zur Jagdverordnung

Gießen, 24.09.16

Florian Kern
Wahlkreismitarbeiter
Wolfgang Greilich, MdL

M: 0176 608 108 83
kern@fdp-giessen.de
www.fdp-giessen.de

FDP Kreisverband Gießen
Dieulefiter Straße 10
35423 Lich

Linden – Anlässlich der Klage der FDP-Landtagsfraktion gegen die von der schwarz-grünen Landesregierung erlassene Jagdverordnung lud der Lindener FDP-Fraktionsvorsitzende Peter Reinwald den Gießener Landtagsabgeordneten und Vizepräsidenten des hessischen Landtags Wolfgang Greilich zum Dialog mit dem Lindener Ortsverband der Freien Demokraten ein. Für Peter Reinwald, selbst seit 1994 passionierter Jäger, gehen die Veränderungen der Jagdzeiten deutlich zu weit und bedeuten massive Einschränkungen des Jagdrechts. Wolfgang Greilich erläuterte hierzu: „Die Klage der FDP-Landtagsfraktion gegen die Jagdverordnung hat mehrere Gründe. Die Einschränkungen sind inhaltlich nicht erklärbar, schränken das Recht auf Eigentum unverhältnismäßig ein und sind nicht zuletzt sogar kontraproduktiv für die Artenvielfalt. Da CDU und Grüne das Parlament bewusst umgangen haben, bleibt der Opposition im Landtag nur der Weg der Klage. Denn solch massiven Eingriffe in das Jagdrecht, wie sie durch die Jagdverordnung vorgenommen werden, müssen im Parlament debattiert werden.“

Greilich weiter:

„Nicht genug, dass CDU und Grüne einseitig den Naturschutzverbänden hinterher laufen, anstatt die Bedenken der Jäger aufzugreifen, es werden auch noch die Rechte des Parlaments mit Füßen getreten. Wenn es Schule macht, dass Gesetze, die der Landtag erlassen hat durch die Verordnung einer Ministerin ausgehöhlt und konterkariert werden, dann bräuchten wir keinen Landtag mehr. Neben den inhaltlich falschen Ansätzen ist es daher die Pflicht als Parlamentarier, dieses Vorgehen der Landesregierung gerichtlich klären zu lassen. Die FDP-Landtagsfraktion ist sich hierbei sicher, dass die vorgenommenen Änderungen an der Jagdverordnung so massiv sind, dass sie eine unverhältnismäßige Einschränkung des Eigentumsrechts deuteten.“